

Einundzwanzigster Jahresbericht

Autor(en): **Motta**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins**

Band (Jahr): **21 (1925)**

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-595087>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Einundzwanzigster Jahresbericht.

(Abgeschlossen im Weinmonat 1925.)

Ich darf den diesmaligen Bericht mit der erfreulichen Mitteilung über eine bedeutende Zunahme an Mitgliedern beginnen. Wir meldeten voriges Jahr 329 und können jetzt 365 angeben; wir sind also um mehr als $\frac{1}{10}$ gewachsen und haben einen bisher nicht gesehenen Stand erreicht.

Einen Teil dieses Erfolges verdanken wir der Schweizer-
n u m m e r der „Zeitschrift des Deutschen Sprachvereins“ *); zwanzig von den 56 Eintritten sind darauf zurückzuführen. Wir haben von dieser Schweizernummer in der Schweiz gegen 500 Stück außerhalb des Vereins verbreitet. Die Presse hat sie mehrfach besprochen, im ganzen zustimmend und wohlwollend. In Deutschland war ihr Erfolg besonders groß, und es wurde der Wunsch laut, wir möchten eine zweite solche Nummer herausgeben. Man sieht wieder einmal, wie freundlich in Deutschland aufgenommen wird, was aus der Schweiz kommt, wie gern man sich dort von Gottfried Keller erzählen oder ein Stück Schwizerdütsch vorsetzen läßt, wie lebendig noch bei den geistig Regsamem das Gefühl ist, daß unser Schaffen und Denken Mitarbeit am deutschen Geistesbau sei.

Einen Abschnitt über eigentliche Angriffe, die auf uns gemacht worden wären, brauchen wir diesmal nicht aufzunehmen. Darum sei hier bemerkt, daß die einzige Unfreundlichkeit, die in der Presse über unsere Schweizernummer gesagt worden ist, in den „Mitteilungen“ — genauer in: Bulletin - Bolletino - Mitteilungen — der Neuen Helvetischen Gesellschaft erschien (Juli / August 1925), wo gewisse Namen aus unserem Kreis wie das rote Tuch wirken. Der neuhelvetische Tadler hat auf den Blättern jener Nummer „blindwütige Fremdwörterbekämpfung“ gefunden. Es sei allen Lesern des Blattes überlassen, solche Blindwütigkeit zu suchen; außer dem Herrn H. des „Bulletin - Bolletino - Mitteilungen“ hatte sie keiner entdeckt. Erwähnt sei hier auch noch als Sonderbarkeit, daß es sich eines Tages ein Basler Berichterstatter der „Neuen Zürcher Zeitung“ (9. Winter-

*) Die Zeitschrift heißt jetzt „Muttersprache“.

monat 1924) leistete, einen politischen Gegner, dem er gerade am Zeug zu flicken hatte, als „ehemaliges Mitglied des Deutschschweizerischen Sprachvereins“ zu bezeichnen, obgleich der Betroffene niemals zu uns gehört hat und obgleich es auch gar keinen Sinn hat, von irgend jemand zu sagen, er habe als — ehemaliges oder nunmehriges — Mitglied unseres Vereins dem Bundesrat wegen einer Schiffsfrage Vorhalte gemacht.

Unsere Tätigkeit haben wir durch Verbreitung unserer „Mitteilungen“ auszudehnen versucht. Das Blatt geht jetzt kostenlos an etwa 50 Lehrerzimmer von Mittelschulen, an akademische Lesesäle, an die öffentlichen Lesesäle der Zürcher Pestalozzigeellschaft, außerdem (schon seit zwei Jahren) an etwa 40 alkoholfreie Gemeindehäuser und öffentliche Lesestuben. Wir haben auch Anzeichen dafür, daß es fleißig gelesen wird.

Mehrmals hatten wir in der letzten Zeit Gelegenheit, schweizerische Behörden auf Verletzungen der Sprachgleichheit aufmerksam zu machen. Die Oberpostdirektion hat auf unsere Eingabe wegen des in der Presse mehrfach gerügten Wortes Franc auf der Flugpostmarke geantwortet, daß die künstlerische Anlage des Markenbildes nur gerade die Anbringung dieses Wortes erlaubt habe. Die Direktion der Bundesbahnen hat auf unser Gesuch hin der Internationalen Schlafwagengesellschaft in Erinnerung gerufen, daß sie auf den deutschen Strecken die Reisenden mit deutschen Drucksachen zu bedienen habe. Hier sei beigefügt, daß bei einer Neubemalung der Zürcher Hauptbahnhof zu 6 Bahnhöfen gekommen ist; vorher gab es da nur Perrons. Sollte einmal der alte Bahnhof von Freiburg neu gestrichen werden, so wäre es wohl billig, dort überall, wie es in Basel schon lange geschehen ist, alle Auf-, An- und Inschriften zweisprachig anzubringen. Das wäre mindestens so notwendig wie die Zweisprachigkeit des Basler Bahnhofs.

Unsere Rundschau wird man bei ihrem letzten Erscheinen mager gefunden haben; sie enthielt nicht, wie sonst, wissenschaftliche Beiträge. Aber wer sie las, fand im Jahresbericht den Grund dieser Zurückhaltung: eine vermehrte Tätigkeit hatte im Jahr zuvor etwas viel Ausgaben verursacht. Jetzt hat sich die Kasse durch den Zufluß an freiwilligen Beiträgen, durch die größere Mitgliederzahl und infolge eben unserer Sparsamkeit so erholt, daß bei fortgesetzter Opferwilligkeit der Mitglieder die gewohnte Tätigkeit weitergeführt werden kann. Wir möchten freilich wünschen, daß

es mehr als die gewohnte werden möchte, denn wir kämpfen mit geringen Kräften gegen starke Mächte. Wir sehen eine wirkliche Verwelschung und Verfremdung unserer alten deutschen Schweizerheimat kommen. Gibt es nicht zu denken und muß nicht zur Abwehr aufgerufen werden, wenn wir lesen (in der Straßburger „Zukunft“ vom 29. August, so ganz nebenher!), daß die Regierung der französischen Republik jede französische Theatervorstellung in unseren deutschen Städten mit 4000 Franken unterstützt, also das Ausland an der Verwelschung unserer Städte amtlich arbeitet? Sollen die Zeiten der Solothurner „Ambassadoren“ mit ihren Goldgulden Spenden, Gnadenketten und Gnadengehältern wiederkehren? Und sollten in der Eidgenossenschaft bloß 365 Männer und Frauen gefunden werden, die den Kampf dagegen aufnehmen?

Für den geschäftsführenden Ausschuß: **Der Vorsitz.**

* * *

Die Jahresversammlung vom 28. Weinmonat 1926 in Zürich nahm zunächst die sachungsmäßigen Berichte über die Tätigkeit des Vereins und über sein Rechnungswesen entgegen. Als Vorstandsmitglied und Rechnungsführer wurde Herr Sekundarlehrer Brüderlin nach siebenjähriger, verdankenswerter Tätigkeit ersetzt durch Herrn Ernst Bleuler, Lehrer an der Uebungsschule des Seminars in Küsnacht. Die übrigen Vorstandsmitglieder wurden für eine neue Amtsdauer bestätigt. Dann hielt Herr Sekundarlehrer Samuel Böllm von Wattwil einen öffentlichen Vortrag über Ulrich Bräker, den „Armen Mann im Toggenburg“. Der Redner gab mit der Lebensgeschichte des Kleinbauernsohnes und Garnhändlers zugleich ein fesselndes Bild von den geistigen Strömungen im Leben des einfachen Volkes in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Wir hoffen, die schöne Arbeit bald in der Reihe unserer „Volksbücher“ herausgeben zu können.

Nach dem Vortrage wurde die Geschäftsitzung fortgesetzt. Der Vorsitz verlas seinen jährlichen Bericht über die Lage der deutschen Sprache im Inland und Ausland; der Bericht erscheint in dieser Rundschau. Ein Mitglied stellte den Antrag, ein Gesuch an den Bundesrat zu richten, er möchte seine Vertretung beim Völkerbund beauftragen, sich in der Völkerbundsversammlung für die in ihrem Rechte auf die deutsche Muttersprache verletzten Südtiroler einzusetzen; der Antrag wurde einstimmig angenommen. Das Gesuch,

dessen Einreichung sich aus verschiedenen Gründen bis zum 13. Hornung hinauszog, erhielt folgenden Wortlaut:

An den Hohen Bundesrat der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
Bern.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident!

Sehr geehrte Herren Bundesräte!

Der Deutschschweizerische Sprachverein legt Ihnen ganz ergeben die Bitte vor, Sie möchten Ihrer Abordnung an die Völkerbundsversammlung den Auftrag geben, in der nächsten Völkerbundsversammlung die Aufmerksamkeit auf die sprachlichen Vorgänge im deutsch sprechenden Südtirol zu lenken.

Das Königreich Italien, dem dieses Gebiet durch den Friedensschluß von 1919 zugefallen ist, hat zwar, wie wir wohl wissen, den Schutz seiner sprachlichen Minderheiten im Friedensvertrage nicht ausdrücklich gewährleistet, es hat aber doch gewisse Verpflichtungen übernommen. So hat der erste Kommandant der Besetzungstruppen und erste Gouverneur, General Pecori-Giraldi, in seinem Manifest vom 18. November 1918 erklärt:

„Italien, die große einige und geeinigte Nation, in welcher volle Freiheit des Gedankens und des Wortes herrscht, will den Mitbürgern der andern Sprache Erhaltung der eigenen Schulen, der eigenen Einrichtungen und Vereine zugestehen.“

Ferner ebendort:

„Die Gemeinden deutscher Mundart werden deutsche Volksschulen haben, und allen bereits bestehenden privaten und konfessionellen Schulen wird freie Hand gelassen werden, die deutsche Unterrichtsprache beizubehalten.“

Der Vertreter Italiens hat ferner an der Friedenskonferenz von St. Germain versprochen, „gegenüber den Untertanen deutscher Nationalität in bezug auf deren Sprache und Kultur und wirtschaftliche Interessen eine in weitem Maße liberale Politik zu befolgen.“

Herr Senator Tittoni, Delegierter Italiens an der Friedenskonferenz, hat in seinem Bericht in der römischen Kammer am 27. September 1919 ausgeführt, „daß Italien als Großmacht zwar keine formelle Verpflichtung zum Schutze der Sprache, Religion, Kultur, Schule und freier Betätigung übernommen habe, daß aber, wegen der liberalen Traditionen, die Italiens Ruhm und Vorzug sind, eine große moralische Pflicht dazu bestehe.“ Er fügt bei: „Die

Völker anderer Nationalitäten, die mit uns vereinigt werden, sollen wissen, daß uns der Gedanke einer Unterdrückung und Entnationalisierung vollkommen ferne liegt, und daß ihre Sprache und kulturellen Einrichtungen geachtet werden und ihre Verwaltungsbeamten alle Rechte unserer liberalen und demokratischen Gesetzgebung besitzen.“

Herr Luzzati, Berichterstatter über die Friedensverträge, erklärte in der italienischen Kammer: „Abgesehen von den erforderlichen Maßnahmen für die militärische Sicherheit, müssen sich die Deutschen frei und unbehelligt fühlen in der Ausübung ihrer kulturellen und religiösen Bedürfnisse, im administrativen und ökonomischen Leben, denn nur so folgt Italien den Traditionen der alten Römer.“

Zu diesen Versprechungen stehen die heutigen Bestrebungen der italienischen Regierung im denkbar schärfsten Gegensatz; denn diese sind, wie unsere Tagespresse nur zu häufig berichten muß, planmäßig und unverhüllt auf die Ausrottung der deutschen Sprache im Südtirol gerichtet.

Nach Art. 11, Absatz 2, des Völkerbundsvertrages hat jeder Gliedstaat „das Recht, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Versammlung oder des Rates auf jeden Umstand hinzulenken, der geeignet ist, die internationalen Beziehungen zu beeinflussen und der in der Folge den Frieden oder das gute Einvernehmen unter den Nationen, von dem der Friede abhängt, zu stören droht“. Eine solche Angelegenheit liegt hier vor. Die Behandlung Südtirols unterhält in ganz Deutschland und in Oesterreich, mit denen Südtirol in vielhundertjähriger Staats- und Volksgemeinschaft gelebt hat, dauernd eine tiefgreifende Erregung und Empörung, die für den Frieden an unserer Grenze höchst bedenklich werden kann. Wir wissen aber auch, daß die schmerzliche Entrüstung, mit der wir als Mitglieder des Deutschschweizerischen Sprachvereins das Schicksal unserer Sprachgenossen verfolgen, von den weitesten Kreisen der deutschen Schweiz geteilt wird. Von allem, was seit Kriegsausbruch unterdrückte Volksstämme zu leiden gehabt haben, hat nichts unser Volk so tief bewegt, wie die Ungerechtigkeiten, die an den deutschen Untertanen Italiens begangen werden. Es bedeutet eine schwere moralische Schädigung des Völkerbundes, wenn die italienische Regierung ihre Absichten widerstandslos ausführen kann, weil das sehr geeignet ist, die üble Nachrede zu nähren, er arbeite nur zum Vorteil der Siegerstaaten. Da es sich nicht um eine politische, sondern um eine Kultur-

frage handelt und unsere Anregung im Sinne wahrer Demokratie geschieht, dürfte sie in der Völkerbundsversammlung Gefolgschaft finden.

Wir betonen, daß uns irgend welche politische Stellungnahme ferne liegt und daß wir einzig zum Schutze unserer Muttersprache vorstellig werden; wir halten den freien, auch öffentlichen Gebrauch der eigenen Sprache und die Schulung in ihr für ein Naturrecht jedes Volkes.

Für jeden Schritt, den Sie im Sinne unseres Gesuches unternehmen werden, dürfen Sie des Dankes nicht nur unseres Vereins, sondern des ganzen deutschschweizerischen, ja des ganzen schweizerischen Volkes sicher sein, handelt es sich doch um eine Frage von höchster Wichtigkeit auch für unser mehrsprachiges Land. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wenn der Grundsatz der Gleichberechtigung der Sprachen, der unserem Lande bisher den Sprachfrieden und damit den Bestand erhalten hat, in unserer Nachbarschaft und unter den Augen des Völkerbundes so schwer verletzt wird; es ist aber eine dankbare Aufgabe der schweizerischen Abordnung, auf unser schweizerisches Beispiel hinzuweisen.

Mit der Versicherung usw.

Unterm 10. März erhielten wir folgende Antwort:

Geehrte Herren,

Wir bekennen uns zum Empfang Ihrer Eingabe an den Bundesrat, in welcher Sie letztern ersuchen, der schweizerischen Delegation für die Völkerbundsversammlung den Auftrag zu geben, in der genannten Versammlung die Aufmerksamkeit auf die Vorgänge im deutsch sprechenden Südtirol zu lenken.

Wir beehren uns, Ihnen mitzuteilen, daß wir die Angelegenheit geprüft haben und dabei zum Schlusse gekommen sind, daß es für die Schweiz kaum tunlich wäre, hier irgend etwas zu unternehmen. Ein Schritt, wie er von uns verlangt wird, wäre kaum vereinbar mit unserer Neutralitätspolitik, die fordert, daß sich die Schweiz in keiner Weise in Streitigkeiten einmische, die zwischen andern Staaten, namentlich zwischen Nachbarstaaten bestehen.

Uebrigens ist auch darauf hinzuweisen, daß, wie Sie ja in Ihrem Schreiben selbst betonen, die Völkerbundsinstanzen vorliegendenfalls bloß gestützt darauf angerufen werden könnten, daß die Maßnahmen im Südtirol die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Ita-

lien stören. Da nun Deutschland demnächst Mitglied des Völkerbundes sein wird, mag es selbst beurteilen, ob dies der Fall sei und ob demgemäß irgendwelches Vorgehen beim Völkerbunde angezeigt sei. Deutschland selbst müßte es als sonderbar empfinden, wenn sich die Schweiz hier zu seinem Anwalt machen wollte.

Genehmigen Sie, geehrte Herren, die Versicherung unserer vorzüglichen Hochachtung.

(Stempel) Eidgenössisches Politisches Departement:
(gez.) Motta.

Bericht über die Tätigkeit des Zweigvereins Bern.

Auszug.

28. Wintermonat 1924: Hauptversammlung. Der Vorstand wird für ein weiteres Jahr bestätigt:

Obmann: Herr Prof. Dr. D. v. Greyerz.
Schriftführer: „ H. Stucki, Postbeamter.
Rechnungsführer: „ H. Urech, Beamter der S. B. B.
Beisitzer: Herren Dr. H. Stichelberger, Dr. K. Fischer,
Oberpostsekretär F. Blatter.

Vortrag von Herrn Prof. Dr. D. v. Greyerz: Paul Hallers Dichtungen.

12. Christmonat 1924: Monatsversammlung. Vortrag von Herrn Dr. Stichelberger: Mundartliches bei Schweizer Schriftstellern.

22. Jänner 1925: Monatsversammlung. Vortrag von Herrn Prof. Dr. Debrunner: Das Klammergeßez (Streifzug durch die deutsche Syntax).

19. Hornung 1925: Monatsversammlung. Vortrag von Herrn Dr. J. Jegerlehner: Balladen (aus der Handschrift); Vortrag von Herrn Gymnasiallehrer D. Huber: Die Familie ich, du, er, sie, es (ein buntes Allerlei).

12. März 1925: Monatsversammlung. Vortrag von Herrn Prof. Dr. D. v. Greyerz: Stildeutung (mit Beispielen aus der Literatur und dem Leben).

Die Vereinsanlässe waren durchschnittlich von 42 Personen, Mitgliedern (15) und Gästen (27) besucht, gegenüber 26 (11 und 15) im Vorjahr.

Mitgliederzahl des Zweigvereins Bern: 43 (42).

Der Obmann.